

8. IX. 1914

181

(Aktion zur Besehung der Wohnungsnot.)  
Der Mieterverband besprach in einer unter dem Voritze des  
Stadtvertreters Dr. Bela Feleni abgehaltenen Sitzung die  
schon unerträglich gewordene Wohnungsnot. Der Konferenz  
wohnten der hauptstädtliche Oberfistal Dr. Emerich Szabó,  
der Bizektor des Statistischen Amtes Julius Piller,  
Architekt Marzell Komor, Dr. Joltán Rónah, Sekretär  
Dr. Alexander Fáti und viele Banmeister an. Die Konferenz  
beschloß die Einleitung einer großen Aktion zur Bekämpfung  
der Wohnungsnot. In einer öffentlichen Volksversammlung  
sollen die sozialen und sanitären Gefahren klargestellt werden,  
die die Wohnungsnot im Gefolge hat; ferner soll diese Frage  
im Reichstag sofort nach dessen Eröffnung zur Sprache ge-  
bracht werden. Die Konferenz nimmt freudig die Erklärung  
des Ministerpräsidenten Dr. Alexander Bekereis zur  
Kenntnis, daß die Regierung den Bau von Wohnungen ein-  
leiten werde und sie beabsichtigt in einer Eingabe an die Re-  
gierung, die unaufschiebbare Dringlichkeit des Wohnungsbaues  
darzutun. Die Hauptstadt Budapest soll aufgefordert werden,  
den Bau von kleinen Wohnungen fortzusetzen, die Räumung  
der mit Leuten belegten Wohnungen und die dringende  
Errichtung eines Amtes für Wohnungsangelegenheiten vorzu-  
nehmen. An die Regierung soll das Ansuchen gestellt werden,  
die im Besitze der Armee befindlichen überflüssigen Bau-  
materialien für die Bauarbeiten zur Verfügung zu stellen,  
hauptstädtliche Gebäude für die Invaliden nicht in Anspruch  
zu nehmen, mittels billiger Kredite und der rechtlichen Rege-  
lung des Gemeinbesitzes den Bau von Gesellschaftshäusern zu  
fördern, die Budapest und Uradler Grundwertsteuer zu ge-  
nehmigen, behufs Verbilligung der Wohnungen die die Woh-  
nungen und Gebäude belastenden Steuern herabzusetzen und  
sie mit die Bautätigkeit fördernden Grundwertsteuern zu er-  
setzen. Es wurde ferner betont, daß die permanente Aktion  
auf das ganze Land ausgebehrt werden müsse, damit die  
Hauptstadt auch hiedurch entlastet werden könne.